

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wahlzeit, 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 191.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 15. März. Der König hat den Dr. Kellner in Hilbersheim zum ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität in Bonn ernannt.

Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Seehausen i. Altmark, Dr. Höfer ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden.

Die Wahl des Oberlehrers Dr. Höfner bei der Realschule I. Ordnung in Düsseldorf zum Rector der höheren Bürgerschule in Bonn ist bestätigt worden.

Dem Kreis-Thierarzt Heimke zu Swinemünde ist unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amt die Verwaltung des Marschkreises Stade sowie die kommunische Verwaltung der Departements-Thierarzts für den Landkreis Stade übertragen worden. Dem Domänenpächter Niedel zu Sandershagen im Regierungsbezirk Stralsund ist der Charakter königlicher Ober-Amtmann beigelegt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung.

Berlin, 15. März. 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Puttkamer, v. Göckeler, Friedberg und Kommissarien.

Eingegangen ist die Vorlage wegen Ankauf der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn.

Das Mandat des Abg. Bernards wird durch seine Ernennung zum Oberlandesgerichtsrath für erloschen erklärt, obwohl Abg. Windthorst auszuführen sucht, daß diese Ernennung keine Beförderung sei. Die Berathung des Kultusrats (Kap. 119: „Universitäten“) wird fortgesetzt.

Kultusminister von Göckeler: Wir haben dem Abg. Reichensperger Dank zu sagen für sein warmes Interesse für die studirende Jugend, sowie für seinen Wunsch, daß ohne Beschränkung der akademischen Freiheit ihre Bildung rascher und kräftiger gestaltet werden möge. Mögen diese Worte bei den Eltern, den Vormündern und den Studirenden selbst die gebührende Aufnahme finden. Die Unterrichtsverwaltung ist hierbei in einer schwierigen Lage. Welche positiven Mängel sind behauptet und welchen kann Abhilfe geschaffen werden? Auch der Abg. Reichensperger ist davon durchdrungen, daß die Vorzüge und die Blüthe des deutschen Universitätslebens, dieses eigenartigsten Ausdrucks unseres Deutschtums in keiner Weise gedrückt werden sollen, zugleich sollen aber Reglements gegen gewisse Missstände erlassen werden. Das sind zwei schwierige Antipoden und bei allem Interesse kann ich mich nicht zu der Auffassung erheben, daß für die Unterrichtsverwaltung Anhaltpunkte für eine Realisation nach der angedeuteten Richtung vorliegen. Die Meinung, daß Ferien und Nichtstun gleichbedeutend seien, trifft nicht überall zu. Auf den Universitäten soll man nicht bloß seine Fachwissenschaft lernen, sondern die Grundlagen für die ganze künstige Bestimmung legen. (Sehr richtig! links.) Und wir Alle wissen, daß die allgemeine Bildung ihre Begründung und Ausbreitung auf der Universität erfahren hat. Der Student sammelt auf der Universität Schätze und Erfahrungen, die sein ganzes künftiges Leben reicher machen und wir wollen in der Beziehung nicht hart mit den jungen Leuten umgehen, die nicht Woche für Woche bemüht sind, das Quantum ihrer Spezialwissenschaft zu vermehren. Die verlangte Frist von wenigen Tagen zur An- und Abmeldung der Studenten hat ihre Bedenken. Wir haben alle mit dem Belegen gejögert, weil wir unter den Professoren nach denen, die uns am meisten anregen, Umstau hielten. Bezuglich des Lerngangs sind beachtenswerthe Andeutungen gemacht worden. Der Begriff der Zwangskollegia ist vor einer Reihe von Jahren abschafftlich eliminiert worden. Auch die Möglichkeit eines schriftlichen Examens für die Juristen hat nach unserem preußischen Bildungsgang seine Bedenken. Der Unterschied im Bildungsgang anderer Fakultäten, namentlich der medizinischen, ist nicht zu verkennen. Für die Herren, welche den juristischen Bildungsgang durchgemacht haben, ist es nicht leicht zu entscheiden, wo der Moment eingetreten ist, in welchem man mit gutem Gewissen verlangen kann, daß sie über die allgemeine Bildung Rechenschaft geben und zum zweiziel rechtenwissenschaftlichen Studium übergehen können. Kein anderer Studirender kommt in eine so schwierige Lage wie der Jurist, wenn er seine Studien beginnt, denn er vermag von vornherein nicht zu erkennen, weshalb er überhaupt Juris studirt. Die Einschüfung von Professoren in die Prüfungskommission für das erste Examen des Juristen sollte eine Kontinuität mit dem Studiengange ermöglichen, und man wollte dadurch nicht allein den jungen Leuten gegenüber gerecht sein, indem die Examinatoren sich in den Bildungsgang oder die Auffassungsweise der Examinanden versetzen können, sondern auch den jungen Leuten selbst einen Antrieb gewähren, daß sie der wissenschaftlichen Bildung in den Kollegien die nötige Rückicht zu Theil werden lassen und somit die Vorbereitung durch das sogenannte Einpauen vermeiden. Die Ausführungen des Abg. Reichensperger und des Rektors der Universität Bonn über den juristischen Bildungsgang werden nicht ohne Anregung bleiben, und einer großen Reihe derselben trete ich mit warmem Herzen bei. Unsere Juristen müssen sich klar werden, daß nicht das Erwerben einzelner positiver Kenntnisse die Grundlage des juristischen Studiums bildet, sondern speziell die breitere wissenschaftliche Basis, wie sie nur in lebendigem Vortrag gewonnen wird. Ein sehr großes Unglück für unsere jungen Juristen ist es, wenn sie nicht Reiz und Anregung aus den Vorträgen lebendiger Lehrer empfangen; später ist der Mangel durch keinen Fleiß und kein Spezialstudium wieder auszugleichen. In Betreff der Disziplin, speziell der Mensuren war die Verwaltung jederzeit bemüht, Aussoreitungen und Exzeessen zu beseitigen. Aber mit einem einfachen Strich ist die Sache auch nicht zu erledigen. Die Mensuren haben eine doppelte Bedeutung für die Unterrichtsverwaltung, die mit Menschen, Leidenschaften und Eigenthümlichkeiten rechnen muß. Betrachtet man das Mensurwesen lediglich als Duellwesen, so ist die Frage vom idealen Standpunkt rasch abgethan. Jedoch ist ein Moment beachtenswerth. Ich sah auch nicht immer hinter dem Osen, sondern habe auf Universitäten gelebt, wo ein Jahr ausgebildeter studentischer Komment an diesen Ehrenhändeln absolut und vor Allem an dem meines Erachtens sehr wichtigen Grundtag festhält, daß in dem Augenblick, wo eine Kränkung ausgesprochen ist, es unter allen Umständen das Schlechteste und Unduldbarste ist, auf sie eine erneute Kränkung

Donnerstag, 16. März.

Inserate 20 Pf. die schrägschallende Zeitung oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

zu häufen. Ich bin zugegen gewesen, wie Verbindungen auf Universitäten, wo diese Einrichtung nicht bestand, auf einander losgegangen sind mit thätlicher Gewalt, und beim Vergleich beider Einrichtungen ist es mir nicht zweifelhaft gewesen, daß der allen Mängeln die erste vor vielen Exzeessen bewahrt hat. Ich habe mich bei Exzeessen nie so unmißdig und herabgestellt gefühlt, wie damals. Aber es ist nicht jede Mensur ein Duell, durch welches eine Kränkung mit Blut aus der Welt geschaffen wird. Sie ist hervorgegangen aus einer Art Waffenübung, und wenn ich auch das Bedenkliche im Gefolge einer gewissen Meisterschaft in der Führung der Waffen nicht verkenne, da der Meister auch im Ernst gerne seine Kraft erprobte, so hat doch dieser Nest von ritterlicher Uebung auf den Universitäten ein gewisses Recht, konseruit zu werden. (Hört! hört!) Unsere studentische Jugend entzieht sich zu sehr der körperlichen Uebung. Wer auf Universitäten seinen Leib und seine Leibeskrankheit gut gepflegt hat, der zieht im späteren Alter an einem reichen Kapital. Das bei der Auswahl der Professoren zu sehr auf ihre Gelehrsamkeit, auf ihre Bucharbeit und zu wenig auf ihre Lehrgabe gesehen wird, kann ich nicht zugeben. Es gibt allerdings so speziell ausgearbeitete Wissenschaften, bei denen von einer Lehrgabe kaum die Rede zu sein braucht, aber sonst habe ich mir immer über die Fähigkeit des Lehrers, anregend zu wirken, ein Urtheil zu bilden gesucht. Darauf, daß sich die Professoren zu wenig um die Studenten mehr kümmern, steht mir eine unmittelbare Einwirkung nicht zu, aber stets hat die Verwaltung nach Formen gesucht, welche ein Anschicken des Schülers an den Lehrer ermöglichen. Mit den Disputationen, den Kollegien zur Auslegung schwieriger Stellen, den überall eingeführten Seminarien, werden Möglichkeiten angeboten, welche hoffentlich reichere Früchte als bisher tragen werden. Die Neigung und Fähigkeit, frei und anregend zu sprechen, ist auf unseren Universitäten im Zunehmen begriffen. Disputationen sind in größeren Kollegien unmöglich. Die Grundlage für die Zukunft unserer Universitäten sind die Privatdozenten. Den Vorwurf, daß die Verwaltung nicht genügend auf sie Rücksicht nehme, kann ich nicht anerkennen. Seit einigen Jahren werden auf Initiative der Regierung 54,000 M. lediglich zur Unterstützung der Privatdozenten in Form von Stipendien auf eine Anzahl von Jahren zur Verwaltung gewisser Reiter und Ausführung gewisser Arbeiten verausgabt. Schwieriger sind die Förderungsverhältnisse. Der Privatdozent rückt nicht nach Ablauf gewisser Jahre in die Professur ein, sondern die Professoren werden nur berufen in etatsmäßige Stellen. Darüber hinaus kann die Regierung allerdings den Dozenten Titel verleihen, welche ihnen aber ein Recht auf bestimmte Bezüge nicht gewähren. Der Abg. Windthorst will von diesem Gedankenkreise ausgehend nach, daß es für viele Privatdozenten und außerordentliche Professoren gar nicht möglich sei, aufzusteigen ohne einen gewissen „Ring“ anzugehören und knüpfe daran die Bitte, daß ich mich eingehend über die einzelnen Persönlichkeiten orientieren möchte, um betreffenden Fällen einzutragen. Klagen der Art sind auch sonst schon an mich herangetreten. Bald sollte es ein konfessioneller Ring sein, bald ein politischer oder ein landsmannschaftlicher. Nun weiß ich, daß wir alle Menschen sind und überall nur mit Wasser geflohen, und doch glaube ich, daß die Autorität, der vielleicht auch der Abg. Windthorst seine Bemerkungen verdankt, einer kleinen Kritik bedarf. Es gibt eine Menge Privatdozenten, die sich ein Gebiet erwählt haben, auf dem nur selten einmal eine Bakanz eintritt. Wenn ein solcher Zustand die Lebenslust der jungen Leute knickt, so ist das begreiflich, für die Verwaltung aber nicht abzuändern. Die Ernennung zu einer Professur erfolgt auf den Vorschlag der Fakultät, was auch der Abg. Windthorst gebilligt hat, und zwar mit Recht. Denn jede Fakultät hat die Pflicht in ihrem eigenen Interesse sich die Kräfte zuzuführen, die sie für die geeigneten hält. Sodann haben wir bei den meisten Universitäten noch Universitätsfaktorien, die vielfach in der Lage sind auch nach der gelehrt Seite hin ein objektives Urteil abzugeben, wenn die Gründe aufgedeckt werden sollen, weshalb eine Majorität gerade gewisse Persönlichkeiten vorgezogen hat. Auch in der Ministerialinstanz wird die Sache eingehend erogen. Das trifft bei den Medizinen zu, vor allem aber bei den Theologen, wo in Bezug auf die katholischen Professoren den Bischöfen eine geordnete Mitwirkung eingeräumt ist. Auf dem Gebiete der evangelischen Theologie ist die Sache gleichfalls dahin geregelt, daß wenigstens auf dem Gebiet der allgemeinen preußischen Landeskirche der evangelische Oberkirchenrat seine geordnete Mitwirkung besitzt. Es ist dies ein heikles und schwieriges Thema, ich konnte aber um so freier sprechen, als der Abg. Windthorst selbst gesagt hat, er referiere nur, und sich selbst die Möglichkeit offen gehalten hat, vielleicht zu scharf und zu einseitig unterrichtet zu sein. Diese Klagen sind mir bekannt, aber es gibt nichts Gefährlicheres für einen Chef, der vielleicht in bester Absicht die gegebenen Vorschriften durchbricht und dadurch ein Misstrauen dokumentiert, welches vielleicht im einzelnen Falle zu einem guten Resultate, aber im Durchschnitt immer zur Korruption und zur Verfehltheit führt. Wir bedürfen des Vertrauens, aber auch der Kritik, und sollte mir gerathen werden, Misstrauen zu üben, so würde dieser Rath bei mir keine Stätte gefunden haben. (Beifall.)

Abg. Seelig: Die Klagen über mangelnde Vorbereitung der jungen Studenten halte ich nicht für begründet. Die Studenten kommen im Gegenteil abgearbeitet vom Gymnasium und gebrauchen die ersten Semester zu ihrer Erholung. Daher seien wir sie in der Zeit vielleicht etwas mehr auf der Straße und beim Frühschoppen als nötig. Die große Mehrzahl liegt aber von vornherein fleißig ihren Studien ob. Das Privatdozententhum, die Grundlage unserer Universitäten, beruht auf der Lebhaftigkeit, daher der Staat unmöglich für die, welche sich habilitieren, materiell sorgen kann. Man sollte sie bei wissenschaftlichen Instituten unterbringen.

Abg. Dr. Löwe: Die Uebelstände, welche Reichensperger gerügt hat, sind weder neu noch schlimmer geworden. Im Verbindungsweise ist sogar Vieles besser geworden. Unsere Universitäten sind aber nicht bloß Lehranstalten, sie waren auch von jeher die Pfleger und Träger der Wissenschaft, ohne die wir nach dem 30jährigen Kriege elend zu Grunde gegangen wären. Einem Eingriff in die Lehrfreiheit vermag ich deshalb nicht das Wort zu reden. Der Vorschlag, bei Besuchung der theologischen Professoren den Synoden ein Mitwirkungsrecht zu gewähren, würde noch Schlimmeres als das von Herrn Windthorst gerügte Kliquenwesen zur Folge haben.

Abg. Bierling glaubt konstatieren zu müssen, daß die juristischen Studenten im Durchschnitt weniger studirten als die anderen und meint, daß diesem Uebelstande am besten durch eine Reform der Prüfungsordnung abgeholfen werde.

Abg. Birchow: Windthorst hat über unsere Universitäten und besonders über die in dänischen Fakultäten die seltsamsten Fraubasen-

geschichten vorgetragen, deren Duellen ich ihn doch einigermaßen genauer zu prüfen bitte. Er hat da wieder eine neue Ringfrage ausspielen gebracht. Es gibt Worte, die zu gewissen Seiten wie ansteckend wirken: zu ihnen gehört der „Ring“. Wenn Windthorst nicht so tief in gewisse private Kreise eingedrungen wäre, würde er wohl nicht so stark von dieser Ringepidemie heimgesucht worden sein. (Heiterkeit.) Man hat dieses Wort, das einem amerikanischen Sprachgebrauch seine Entstehung verdankt und eine anstößige Bedeutung hat, seiner Zeit auch mit Bezug auf unsere kommunalen Verhältnisse anwendet zu können: es ist indessen in dieser Beziehung wieder alnmäßig ruhig geworden, — wahrscheinlich bis zur nächsten Wahlbewegung. Die Zwischenzeit benutzt nun Windthorst, um dem „Ring“ in unseren Universitätsverhältnissen Eingang zu verschaffen. Der erste „Ring“ soll der Senat sein. Indessen, da es sich bei diesem immerhin um eine legitime konstituerte Instanz handelt, so haben die Baten, mit denen Herr Windthorst hierüber konfus ist, ihm die Existenz eines anderen angeblichen „Ring“es“ zugetragen: der „Heimia“. Zunächst frage ich ihn nun: will er irgend einem der in den letzten 10 Jahren in der medizinischen Fakultät berufenen Ordinarien Unwürdigkeit vorwerfen? Will er behaupten, daß unter den außerordentlichen Professoren und Privatdozenten jemand mit den Berufen hätte konkurrieren können? Sodann gebe ich gern zu, daß ich Mitglied der „Heimia“ bin. Ich will Ihnen auch erzählen, was das ist. (Heiterkeit.) Die „Heimia“ ist eine kleine Gesellschaft von Aertern Berlins, ursprünglich aus unmittelbaren Schülern des verstorbenen Heim hervorgegangen und mit dem Zwecke, nicht bloß die Erinnerung an Heim zu erhalten, sondern auch die gute collegiale Art, die Heim in den ärztlichen Kreisen Berlins eingebürgert hat, zu pflegen. In der Gesellschaft ist es ausdrücklich verboten, eine Rede zu halten. (Heiterkeit.) Allmonatlich und am Geburtstage Heims kommt man zu einem collegialen Essen zusammen; darin besteht ihre ganze Thätigkeit. (Heiterkeit.) Die Gesellschaft hat einen sehr exklusiven Charakter, und einen Stein auf sie werfen, hieße, die ersten Mediziner nicht blos in der Verwaltung, sondern auch unter den praktischen Aertern mit einem Messer versehen. Ich selber habe im ganzen letzten Jahre nicht Zeit gehabt, einer ihrer Sitzungen beizuhören. Sie werden hiernach ermessen, wie wenig für die Berathungen der Fakultät irgend ein Präjudiz durch die Berathungen in der „Heimia“ geschaffen werden kann. Andererseits ist unsere Fakultät in der glücklichen Lage gewesen, daß für alle Batazen vorgeschlagen werden konnten, die ihren Bildungsgang bei mir durchgemacht hatten — gewiß ein erstaunliches Zeugnis dafür, daß wir nicht bloß Studirende zu unterrichten, sondern auch neue Lehrer zu erziehen vermögen. Wie kommt Windthorst dazu, in dieser wegweisenden Weise von Institutionen zu sprechen, die zu den anerkanntesten des Staates gehören? Redner berüft hierüber die Befürworten tüchtlich der Privatdozenten und meint, daß die Universität unmöglich allen aufstregenden Talenten folglich Aemter zur Verfügung stellen könne, die ihnen eine einigermaßen gesicherte Existenz böten. Von Bedeutung ist die Frage der Anrechnung des Dienstjahres auf die Studienzeit. Die Anforderungen, welche jetzt die Militärverwaltung an den Soldaten stellt, nehmen dessen ganze Zeit vollauf in Anspruch. Auf die Dauer kann demnach die bisherige Gleichsetzung nicht aufrechterhalten werden. Die 8 Semester des medizinischen Studiums sind zudem für gut beantragte Naturen berechnet; bei Reduktion derselben auf 7 läßt sich das Ziel nicht mehr erreichen. Kann die Militärverwaltung nicht mit weniger auskommen, dann bleibt nichts übrig, als das Privilegium aufzuhoben, daß jemand formell auch noch nebenbei als Student gelten kann. Die Herren, welche sich mit der Frage der Duelle beschäftigt haben, dürfen übersehen haben, daß gerade aus diesem Verhältnis heraus sich eine verstärkte Disposition zu einer Art von militärischer Leistung entwickelt. Wir sehen es ja in unserem gewöhnlichen Leben, welchen Einfluss die größere Zahl von Rejereovffizieren auf die Gebräuche ausübt, die in unserer bürgerlichen Gesellschaft bestehen. Niemand wird bezweifeln können, daß die Zahl der Duelle, welche auf Grund der militärischen Stellung unter Männern in bürgerlichen Verhältnissen vorkommen, leider von Jahr zu Jahr größer wird und zwar, was ich besonders betone, die Zahl solcher Duelle, welche um minimalem Anlaß willen angefertigt werden, oder bei denen die allergrößtmöglichen Provokationen stattgefunden haben, die sehr gut vor dem gewöhnlichen Richter ihr Ende hätten finden können. Der junge Student, der an sich ein wenig flott in das Leben hineinsteuert, der eben seine militärischen Übungen gemacht hat, der sich schon als junger Rejereovffizier sieht und denkt, der wird doch nun nicht eben derjenige sein, der anfängt, mildere Sitten einzuführen. In dieser Beziehung bin ich deshalb zu einem mildernden Urtheil durchaus geneigt. Keineswegs ist aber der Minister innerhalb der legitimen Grenzen der Nachsicht geblieben, wenn er das Duell blos vom Standpunkt der körperlichen Übungen aus betrachtet. Hinreichende Gelegenheit zu letzteren könnte allerdings der Minister in größerem Umfange geben, als es geschieht. Wir haben fast an allen Universitäten 1 oder 2 Turnvereine (Aha! rechts), die auch ihre Fechtübungen haben, so daß derentwegen Niemand einem Corps beizutreten braucht. Nach dieser Richtung hin müßte der Minister unterstützend eingreifen. Was das Kollegienantrifft, so müßten unsere Vorbereitungsschulen erst ein wenig vollständiger die Methode lehren, selbst zu studiren und zu arbeiten, ehe die Professoren sich auf das beschränken könnten, was nach meiner Meinung allein Gegenstand der mündlichen Darstellung sein kann, nämlich auf die Darlegung der allgemeinen Prinzipien. Die Bewirklichung der Idee, die uns der Minister angegeben, würde eine unendliche Verschleppung geben. Nach dem Alten muß ich konstatieren, daß unsere Universitäten, wenn es auch nicht die denkbar besten Anstalten sind, sich doch unter den bestehenden Verhältnissen so weit bewährt haben, daß die herben Urtheile Windthorsts eigentlich hier in dem Hause nicht hätten ausgesprochen werden sollen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Die Ausführungen des Ministers haben mich nur theilweise befriedigen können. Ich bleibe bei meinem Satz stehen, daß die theologischen Fakultäten die Lehren der Kirche vortragen müssen, für welche sie Diener erziehen sollen. Darum ist unser und der Synoden Verlangen berechtigt. Herr Birchow hat mit großer Empfindlichkeit das aufgenommen, was ich gestern gefagt habe. Wie empfindlich muß es aber für einen Minister sein, wenn er von Herrn Birchow in heftigster Weise angegriffen wird. Das ist dann natürlich etwas anderes. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe ausdrücklich erklärt, daß die Spezialitäten, welche ich anfuhrte, sich meiner eigenen Wahrnehmung entziehen, aber aus zuverlässiger Quelle stammen. Ich halte auch fest noch aufrecht, daß die Fakultäten bei der Beförderung der Privatdozenten den bisherigen Einfluss nicht behalten dürfen. Die Her-

ren kämpfen überall gegen die Künste; konnte man eine beredtere Vertheidigung des Kunstwesens hören als Virchow's Rede? Das ist nicht der Boden freier Wissenschaft, sondern Künstelei. Dieses Kunstwesen zieht sich durch alle Universitäten hindurch; das zu beweisen würde mich verlassen, eine Reihe von Persönlichkeiten hereinzuholen, was ich verläugt unterlasse, aber dabei bleibe ich stehen, daß auf der Universität ein Ring besteht, welcher durchbrochen werden muß. Es lag mir fern mit diesem Ausdruck zu verlegen. An amerikanische Zustände habe ich dabei nicht gedacht. Ich hätte ja, was sonst üblich war, von Künsten und Kameraden sprechen können. Wir haben dafür jetzt den Ausdruck Ring (Heiterkeit.) Diejenigen Männer, welche einen Einfluß auf die Ernennung ausüben, habe ich nicht angreifen wollen. Die Herren sprechen ohne Zweifel nach ihrer Überzeugung, aber durch die Einfachheit ist es schwer, außerhalb des Kreises, in dem man sich befindet, etwas Gutes zu entdecken. Zur Bearbeitung von Universitätsfächern würde ich nie einen Professor nehmen. Wenn der Minister glaubt in der Zuziehung von Professoren zum juristischen Examen etwas besonders Gutes gethan zu haben, so irrt er. Das führt nur dazu, daß die Studenten nur bei den Professoren hören, die bei dem Examen zugelassen sind. Wo bleibt da die Freiheit der Wissenschaft? Ich wiederhole also, auch die Professoren können sich vom allgemeinen Menschen nicht befreien. Was dem Vorredner unverständlich gewesen ist an der Stelle, welche meine Worte galten, verstanden werden. Ich will fest auf diesen Punkt dem Minister gegenüber nicht eingehen, aber möge der verehrte Herr versichert sein, nachlassen werde ich nicht, bis Remedium geschaffen ist. (Beifall.)

Abg. Virchow: Herr Windthorst hat mit der Geschicklichkeit, die wir an ihm kennen, sich auf allgemeine Erfahrungssätze gestützt und dieselben auf spezielle Fälle angewendet. Er hat damit gezeigt, daß er seine Laufbahn verfehlt hat. Er hätte eigentlich Professor werden sollen! (Abg. Windthorst: Er wird's am Ende noch.) Er hat die Fakultäten mit den Künsten zusammengestellt. Ein unglücklicher Beispiel hätte er nicht wählen können. Der Staat macht also bestimmte Lehrkörper und sagt zu den Männern der Wissenschaft: ihr verfehlt mehr von den Fähigkeiten der Lehrer, als ich, ihr müßt mir Vorschläge machen, wenn eine Polizei eintrete. Solche Lehrkörper haben genau so eng begrenzte Aufgaben, wie alle anderen Staatsinstitutionen. Man kann doch nicht in die Fakultät Jeden aufnehmen, der das Zeug in sich fühlt zum Lehren. Eine solche Expansion würde gar nicht im Sinne des Herrn Windthorst sein.

Keine einzige preußische Universität würde eine Enquête über die Förderungen zu scheuen haben. Die Professoren haben am allerwenigsten Ursache zur gegenseitigen Eiserucht. Jeder Ordinarius hat seine besondere Domäne, innerhalb deren er von seinen Kollegen nicht beumühigt wird und jeder Einzelne hat das Interesse, daß sein Nachbar der möglichst ausgezeichnete Mann ist. Neue Vorschläge können doch nicht anders gemacht werden, als daß man sich bei verschiedenen Personen, die für befähigte Männer gelten, erkundigt. Es ist ganz natürlich, daß eine Fakultät bei einer Berufung nach auswärts gefragt wird, was sie von dem Mann hält? Das irgend ein verwandtschaftliches Verhältnis eine Rolle gespielt hat, dafür liegt auch nicht die leiseste Anrede vor.

Die Position für Königsberg wird bewilligt. Beim Titel Universität Berlin erhält das Wort:

Abg. Schmidt (Stettin): Von den deutschen Universitäten ist die Berliner hinsichtlich der Zahl ihrer Hörer und Professoren die bedeutendste. Daraus entwickeln sich bedeutende Schattenseiten. Es reichen die Auditorien nicht mehr aus, so daß sogar ein Baradencorridor hinter der Universität gebaut werden mußte. Ich möchte mir nun die Frage erlauben, ob gemäß einem Beschuß des Herrenhauses die Bearbeiten für ein besonderes naturwissenschaftliches Museum im Gange sind.

Geb. Rath. Göppert: Die Regierung hofft in nicht zu langer Zeit Ihnen hierüber eine Vorlage zu machen.

Abg. Weber: Vor 7 Jahren haben wir bereits die erste Rente für den fraglichen Bau bewilligt und noch immer sind die Vorarbeiten nicht fertig. Seitdem haben sich die Missstände noch vermehrt. Das Bauteam für den Bau fehlt nicht, es fehlt nur das Bauprojekt. Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, die Baufäste aus seinem eigenen Reichtum zu nehmen und sich nicht auf die Akademie für das Bauwesen zu stützen, welche ohne die praktischen Bedürfnisse zu kennen und ohne Rücksicht auf die finanzielle Seite in dieser Richtung gewirkt hat, ganz so wie früher die technische Deputation.

Kultusminister v. Göhrer: Im Kultusministerium ist nichts versäumt worden, um das Projekt zu fördern. Es handelt sich darum, auf einem abgegrenzten festgelegten Bauplatz drei Museen hinzu bauen. Durch Anstellung eines Spezialbeamten ist es möglich gewesen, die Sache so zu fördern, daß ein allgemeines Projekt der Akademie für das Bauwesen vorgelegt werden konnte. Dieses Projekt ist in weniger als 14 Tagen durchberaten worden. Es sind hier so eingehende Vorschläge gemacht worden, daß daraus ein Schluss auf das volle Verständnis dieser Behörden gezogen werden kann. Ich muß deshalb die Angabe des Vorredners gegen dieselbe als unbegründet zurückweisen.

Die Position für die Universität Berlin wird genehmigt.

Bei der Universität Greifswald bringt Abg. Bierling (Professor in Greifswald) eine Reihe von Beschwerden vor, über die unverhältnismäßig schlechte Dotirung der Universität gegenüber Kiel, welches die gleiche Frequenz habe.

Geb. Rath Göppert macht darauf ausführsam, daß diese Dotirung allerdings hinter der Kieler Universität zurückstehe, daß diese aber eine Sternwarte habe, welche Greifswald nicht besitzt.

Die Position für Greifswald wird bewilligt, ebenso die für Breslau ohne Debatte.

Bei der Universität Halle kommt

Abg. Maunke ausführlich auf die bekannte, bereits vom Abg. v. Fürth beleuchtete Schrift Erasmus redivivus zurück. Der Minister habe gefragt, das Thema: die Vergleichung Erasmus mit Döllinger sei den Katholiken vielleicht unangenehm, aber vollständig zulässig. Dem gegenüber müsse er bemerken, daß zur Zeit des Erasmus das tridentinische Konzil noch nicht abgeschlossen war, und deshalb vollständige Disquisitionsfreiheit bestand. Döllinger habe sich gegen einen Beschluss des ökumenischen Konzils aufgelehnt. Erasmus würde sich jedenfalls dem Beschluss des Konzils, so wie es publiziert worden wäre, unterworfen haben. (Widerspruch.) Redner beruft sich zum Beweise dessen auf die Schrift Döllinger's über Erasmus, in welcher er den theologischen Entwicklungsgang derselben bespricht.

Kultusminister v. Göhrer: Die Frage, ob Erasmus und Döllinger mit einander verglichen werden können, spielt für mich keine Rolle, es ist mir nicht eingefallen auf den materiellen Inhalt der Schrift einzugehen. Was mich interessierte, war die Frage der Disziplin. Ich bedaure wiederholt, daß Ausdrücke gemacht worden sind, welche hätten vermieden werden können, ich habe an der betreffenden Stelle darüber auch keinen Zweifel gelassen.

Abg. Sommer bittet den Minister, die Mittel nicht zu versagen die von Halle zur Errichtung einer besonderen Veterinär-Klinik demnächst werden gefordert werden. Die Forderung liegt lediglich im Interesse der Wissenschaft, denn es sollen in jenem Institut wissenschaftliche Versuche mit der Pasteurischen Schutzlymphé gegen Milzbrand ange stellt werden.

Abg. Maunke dankt dem Minister, daß er die Schrift des Prof. Schlotmann eine Taktlosigkeit genannt. Eine solche Rüge wird genügen, andere Professoren vor ähnlichen Unternehmungen zu bewahren.

Bei Titel 8 (Universität Marburg) ersucht Abg. Schreiber den Minister, der modernen Philologie etwas mehr Wohlwollen zu erweisen, die bis jetzt in Marburg zu stiefmütterlich behandelt ist.

Bei Titel 10 (Akademie Münster) weist Abg. Sarrazin auf die Unzuträglichkeiten hin, die durch die Bestellung nichtkatholischer

Professoren an der rein katholischen Akademie Münster entstanden sind. Unter Puttkamer haben sich die Zustände etwas gebessert, auch das Wohlwollen des jetzigen Kultusministers ist nicht zu verkennen. Aber volle Heilung wird erst kommen, wenn der Kulturmampf beigelegt ist. Damit ist das Kapitel "Universitäten" erledigt. Es folgt Kap. 120: Gymnasien und Realschulen.

Abg. Knorr: Durch den neuen Lehrplan wird das Vorschulwesen insoweit berührt, als durch denselben die Zahl der Stunden in denselben vermindert wird. Die frei gewordenen Lehrkräfte sollen für Schreib-, Zeichnen- und Rechen-Unterricht in den unteren Klassen der Gymnasien und Realschulen zur Verwendung kommen. Dadurch entstehen dem Staat Ersparnisse, von denen im Etat nichts zu merken ist, obgleich dieselben vielfach nicht unbeträchtlich sind. Denn einer Reihe der bisher diätarisch angestellten Schreib- und Zeichenlehrer ist gefündigt, weil sie nunmehr durch jene Vorschullehrer ersetzt werden. Ich frage an, ob es nicht billig ist, diesen plötzlich entlassenen Beamten wenigstens für das nächste Semester eine entsprechende Entschädigung zu geben. Weiter frage ich, ob es nicht möglich ist, die Einführung des neuen Lehrplans bis zum 1. Oktober hinauszuschieben.

Regierungskommissar Bonitz: Das Arrangement bezüglich der Vorschulen hat mit dem neuen Lehrplan gar nichts zu thun. Die Regulierung des Etats einzelner Anstalten hat Desfalls aufgewiesen, die in Fortfall fämen, wenn die Zahl der Stunden in den Vorschulen auf das gebührende Maß herabgesetzt wurde. Von Ersparnissen kann hier also nicht die Rede sein. Das frei gewordenen Lehrkräfte für den Zeichen-, Rechen- und Schreibunterricht herangezogen sind, beruht auf einem allgemeinen Grundsatz, der Bedenken auf seiner Seite begegnet ist.

Abg. v. Eyner regt die Frage nach dem Verhältniß der Staatszuschüsse zu den verschiedenen höheren Lehranstalten an. Es gibt im Ganzen 462 höhere Lehranstalten, davon werden 150 vom Staat allein, 6 von diesem und anderen Verpflichteten gemeinschaftlich und 160 werden mit Staatszuschüssen in der Höhe von zusammen 939.000 Mark unterstützt. Die Schwierigkeit bei dieser verschiedenen Art der Unterhaltung bezieht sich namentlich auf die Stellung der Lehrer. Um eine Gerechtigkeit sowohl den Lehrern als den Kommunen gegenüber auszuüben, empfiehlt es sich, daß der Staat das ganze höhere Schulwesen auf seinen Etat nehmen möge.

Ministerial-Direktor Greiff erklärt, daß der Gedanke, sämtliche von Städten und Stiftungen unterhaltenen höheren Lehranstalten auf den Staatshaushalt zu setzen, eine so große finanzielle Tragweite hat, daß an eine Ausführung derselben nicht gedacht werden kann.

Abg. Kantak bedauert, daß er immer wieder dieselben Klagen über die Zustände in Polen erheben müsse, die man spöttisch als "Polenerklage" bezeichnet; es seien das aber Schmerzensschiere eines unterdrückten Volkes, dem man seine verbriesten Rechte vorenthalte. In zwei Einsichten würden die Polen auf dem Gebiete der Schulverwaltung vertreten, bezüglich ihrer Sprache und der Religion. Der Redner setzte eingehend die Folgen des Systems Falk in beiden Beziehungen aneinander und richtet an den Kultusminister die Anfrage, ob er gesonnen sei, dieses System fortzusetzen oder energisch mit demselben zu brechen.

Regierungskommissar Geh. Rath Stauder erwidert, daß die Änderung bezüglich der Unterrichtssprache an höheren Lehranstalten der Provinz Posen seit 1873 besteht. Die Erfolge sind nach Berichten sämtlicher Direktoren und der persönlichen Erfahrung des Redners überraschend. Die Überbürdung der Schüler findet jetzt nicht in dem Maße statt als früher, weil die Kinder mit besserer Ausbildung in der deutschen Sprache in die Anstalt treten. Ein Versuch einer Simultanisierung ist in neuerer Zeit nicht gemacht worden, die Direktoren an den 11 Posenschen höheren Simultan-Schulen sind allerdings alle evangelisch (hört, hört!), doch ist bereits das Provinzialschulcollege angewiesen worden, im Falle einer Erledigung katholische Bewerber zu beginnen. Bezüglich des katholischen Religionsunterrichts ist zu bemerken, daß derselbe an sechs der genannten Anstalten wieder ertheilt werden kann.

Abg. v. Eyner bemerkt, daß die finanzielle Tragweite der Übernahme sämtlicher höherer Lehranstalten auf den Staat keine große wäre, da hierzu blos eine Summe von etwa sechs Millionen Mark notwendig wäre.

Nachdem noch Abg. Kantak die angeblich erzielten Erfolge an den Posenschen Gymnasien bestritten, schloß die Debatte.

Der erste Titel des Kapitels wird genehmigt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.)

Briese und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 15. März. [Reichstag und Landtag.] Noch vor wenigen Tagen hat das Präsidium des Abgeordnetenhauses in einem von ihm aufgestellten Arbeitsplane für den Rest der Session die Wiederaufnahme der Sitzungen bald nach Ostern in Aussicht genommen; u. A. war für die letzte April-Woche die zweite Plenarberatung der kirchenpolitischen Vorlage ange setzt.

Um so allgemeiner hat es überrascht und um so bezeichnender ist es für das Schwanken, welches betreffs der parlamentarischen Dispositionen innerhalb der Regierung herrscht, daß heute die "Pron.-Corr." allerdings mit dem Bemerk, daß noch nichts definitiv bestimmt sei, die Eventualität einer längeren Unterbrechung der Landtagssession nach Ostern behufs Einberufung des Reichstags um diese Zeit ankündigt. Bis in die letzten Tage hat selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses von einer solchen Absicht der Regierung keine Kenntnis gehabt; ihre Ausführung braucht auch keineswegs als sicher betrachtet zu werden, aber der Plan ist zu eigenthümlich, als daß er nicht alsbald zu politischen Kommentaren hätte sollen Anlaß geben. An sich, lediglich bei der Beurtheilung der praktischen Gesichtspunkte, ist gar nicht abzusehen, was für diesen Arbeitsplan sprechen sollte, warum, wenn für einige Zeit das Zusammenarbeiten von Reichstag und Landtag doch unvermeidlich sein sollte, man nicht den letzteren zunächst möglichst ungestört seine im Gang befindlichen Arbeiten fortführen läßt und dann das Nebeneinander-tagen der beiden Parlamente auf die paar letzten Wochen der Landtagssession verlegt. Der Reichstag entgeht doch auch nach dem neuen Projekte dieser unangenehmen Notwendigkeit nicht, die Verhandlungen des Landtags aber werden zerrissen. Es ist, da Kirchenpolitik und Monopol den Mittelpunkt der politischen Situation ausmachen, natürlich, daß man die neue Disposition der Regierung hierauf zurückführt. Dieselbe würde zur Folge haben, daß bis zur zweiten Beratung der kirchenpolitischen Vorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses vielleicht noch zwei bis drei Monate vergingen, und daß in die Zwischenzeit die Beratung über das Tabakmonopol im Reichstag fiele, sofern der Kanzler sich für die Vorlegung derselben in der Frühjahrssession entscheidet. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Thatsachen ergibt sich von selbst. Es wäre, gerade wegen der jüngst

zirten, betreffs des Monopols im Zentrum bestehenden Stim mungen durchaus nach der Methode des Fürsten Bismarck, sich für sein "letztes Ideal" etwas von dem Umstande zu versprechen, daß die Verhandlung darüber stattfände, während die mit dem Papste über die Maigesetze noch schwiebte und die Entscheidung über die diskretionären Vollmachten, resp. über die Revision jener Gesetze, im Landtag noch ausstände. Daß das letzte Wort betrifft dieses Projektes noch nicht gesprochen ist, sagt die "Prov. Korresp." selbst, und in der That wird selbst innerhalb der Reichsbehörden bezweifelt, daß sich bis Mitte April die Vorlagen für den Reichstag, sei es das Monopol, sei es die sozial-politischen Entwürfe abschließen lassen. Aber das Auftauchen des Projektes ist bezeichnend genug. Es würde u. A. den Vortheil für die Regierung darbieten, eventuell, nämlich falls das Zentrum sich im Reichstag gar zu wenig willig gezeigt hätte, eine Entscheidung über die kirchenpolitische Vorlage ganz vermeiden zu können. Da der Etat, die Eisenbahnverschaffung etc. vor Ostern erledigt sein werden — auch die neue Vorlage über den Ankauf der Anhaltischen Bahn läßt sich bis dahin absolvieren —, so würde vom Standpunkt der Regierung aus kein allzu großes Hindernis entgegenstehen, den Landtag, nachdem der Reichstag für sie resultlos verlaufen wäre — gar nicht noch einmal zu berufen, so daß die kirchenpolitische Vorlage unter den Tisch fiele.

r. Stadtverordnetenstück

am 15. März.

Anwesend sind 23 Stadtverordnete und 5 Magistratsmitglieder. Den Vorsitz führt Geh. Kommerzienrat B. Jaffé; als Schriftführer fungirt am Stelle des erkrankten Stadtsekretärs Göbbels Stadtverordneter Fontane. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Der neulich beschlossene Abänderung des § 4 der Geschäftsordnung ist der Magistrat beigetreten. Der königlichen Regierung ist der städtische Haushaltsetat pro 1882/83 binnen 14 Tagen zuzufinden. Der kommandirende General v. Stiehle hat die städtischen Behörden zu der Parade, welche an Kaisers Geburtstag stattfindet, eingeladen; ebenso der Oberpräsident v. Günther zu dem Gottesdienst, welcher an diesem Tage in der Paulskirche abgehalten wird; der Direktor Dr. Geist zu der Schulfeier in der Real-Schule, bei welcher Dr. Thieme die Festrede hält. — Der Vorstand des Kinderhospitals hatte an die Versammlung ein Gefüch um Gewährung einer Beihilfe gerichtet, und die Versammlung dieses Gefüch dem Magistrat überwiesen. Nachdem der Magistrat nun in einer Zuschrift an den Vorstand erläutert hatte, er fühle sich nicht veranlaßt, diese Beihilfe auch für dieses Jahr zu gewähren, hat der Vorstand an die Versammlung nochmals die Bitte gerichtet. Die Angelegenheit wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. — Es sind drei mit einer Anzahl von Unterschriften bedeckte Gesuche um einen anderen Modus der Ablösung der Feuerlöschpflicht, als er bisher in Anwendung kam, an die Versammlung gerichtet worden. Diese Gesuche werden bei Beratung des Etats für das Feuerlöschwesen ihre Erledigung finden.

Über den Etat für das Feuerlöschwesen berichtet Stadtverordneter Ad. Kantorowicz im Namen der Finanzkommission. Danach hat Magistrat unter Aussage beantragt: für die Feuerwehrmannschaften, statt bisher 4745 M., 18.630 M. und zwar für 5 Oberfeuerwehrmänner, 20 Feuerwehrmänner. Während bisher von der Feuerwache am Bronkerplatz bei Meldung eines Brandes eine Kolonne, bestehend aus 1 Oberfeuerwehrmann und 3 Feuerwehrmännern nebst 1 Kutsdienner der städtischen Wasserleitung ausrückt, wünscht der Magistrat nach der Auflösung der Kratochwill'schen Feuerwehr, daß stets 2 solche Kolonnen auf Wache ziehen, und daß während der Nacht außerdem auch auf der entlegenen Schroda für den Stadtteil am rechten Ufer der Warthe eine Wache von ebensoviel Mann bezeugt werde; da nun zur Auflösung der beiden ersten Kolonnen noch 2 Kolonnen erforderlich sind, auch ein Oberfeuerwehrmann zur Reserve nötig ist, so würden demnach 5 Oberfeuerwehrmänner und 20 Feuerwehrmänner anzustellen sein, welche 18.630 M. für das Jahr kosten würden. Bei einem Brande würden also sofort 2 Kolonnen, in der Nacht nach telegraphischer Benachrichtigung auch noch die dritte Kolonne auf der Schroda austreten, und die Reserve-Mannschaften hätten die Sprüche zu bedienen. Von den kontraktlich angenommenen Feuerwehrmannschaften wären in freier Feuerwacht Dienstzeit Kommunalarbeiten auszuführen, die einen Werth von 8900 M. repräsentieren. Außerdem wären noch zur Bedienung der Sprüche 16 Druckmannschaften anzustellen, welche 8400 M. kosten würden und die Reinigung der Straßen zu besorgen hätten. Die Finanzkommission empfiehlt, für 20 Feuerwehrmänner und 4 Oberfeuerwehrmänner 17.820 M. zu bewilligen, dagegen die Bewilligung der 8400 M. für Druckmannschaften ablehnen. — Stadtverordneter Mühl ist der Ansicht, daß die Kosten einer ständigen Feuerwehr für die Stadtgemeinde Posen zu hoch seien, und daß die Kosten im folgenden Etatjahr sich jedenfalls noch höher stellen würden, als pro 1882/83; es würde dadurch der Etat zu sehr belastet werden. Es werde sich empfehlen, die Selbstthätigkeit der Bürger heranzuziehen und die Kräfte des Rettungvereins in geeigneter Weise zu vermehren. — Stadtverordneter Kirsten weist darauf hin, in welchem Maße die Ausgaben für das Feuerlöschwesen von Jahr zu Jahr wachsen, von 4381 M. im Jahre 1877 auf 10.622 M. pro 1881/82, und pro 1882/83 folle der Zuschuß aus dem Kämmereifass auf 17.944 M. erhöht werden. Ob die von den Feuerwehrmannschaften in freier Dienstzeit auszuführenden Arbeiten den Werth von 8900 M. haben würden, sei zu beurtheilen. Da überdies auch die vom Magistrat beanspruchten Feuerwehr-Mannschaften nicht ausreichen würden, einen größeren Brand zu bekämpfen, und dazu immer noch eine Reserve notwendig wäre, so würde es sich empfehlen, die Vermehrung der Feuerwehr-Mannschaften abzulehnen, dagegen für 16 Druckmänner 8400 M. zu bewilligen, damit bei einem Brande die Sprüche sofort in Thätigkeit geetzt werden können; diese Druckmannschaften könnten in freier Zeit die Straßenreinigung beorgen. — Stadtverordneter Brodnik empfiehlt, beide Magistratsanträge abzulehnen und es bei der bisherigen Zahl von 12 Feuerwehrmännern zu belassen; der Magistrat beschlägt ca. 100 Arbeiter, von denen ein Theil zu Feuerlöschzwecken verwendet werden können. — Stadtverordneter Dr. Leibnitz beantragt, die Versammlung möge der Magistrat erlauben, eine andere Vorlage auszuarbeiten, welche mehr auf die finanzielle Lage der Stadtgemeinde Rücksicht nehme. — Stadtverordneter Fontane weist auf die Notwendigkeit hin, daß die Feuerwache sofort in der erforderlichen Stärke auszurüsten; die Mitwirkung des Rettungvereins sei zwar zu schätzen, bis derselbe aber auf der Brandstätte erscheint, darüber vergehe zu lange Zeit, wie sich dies zum Beispiel beim Brande des Landgerichtsgebäudes gezeigt habe, wo die Sprüche Anfangs nicht in Thätigkeit treten konnten, weil es an Druckmannschaften fehlte. Die finanzielle Lage der Stadtgemeinde Posen sei zwar eine ungünstige, aber eine Feuerwache in der angegebenen Stärke sei durchaus notwendig; die Versammlung möge demnach den Antrag der Finanzkommission annehmen. — Stadtverordneter Kronthal ist der Ansicht, daß ein Kämmereifass-Zuschuß von 17.944 M. (= 5 p. ct. des Gesamtetrages der Kommunal-Einkommensteuer) nicht zu hoch für die Sicherheit sei, welche ein geordnetes Feuerwehrwesen gewähre. — Posthalter Gerlach empfiehlt die Bewilligung von 8400 M. für 16 Druckmannschaften. — Stadtbaudr. Grüder führt aus, daß nach dem Eingehen

der Kratochwillischen Feuerwache eine Verstärkung der städtischen Feuerwache in der angegebenen Weise durchaus eine Nothwendigkeit sei. Auf die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, die Laternenmeister &c. sei nicht zu rechnen, da gerade diese, insbesondere zur Nachtzeit, während eines Brandes, großenteils beschäftigt seien. Selbst bei der vom Magistrat beantragten Anzahl von Feuerwehr-Mannschaften werde man noch immer auf den Rettungsverein als Reserve angewiesen sein. — Stadtverordneter Türl stellt folgenden Antrag: Die Versammlung möge die Vorlage des Magistrats ablehnen, und denselben ersuchen, unter Heranziehung des Rettungsvereins und Verständigung mit demselben, sowie unter Anwendung des Prinzips, die Druckmannschaften zur Straßenreinigung zu verwenden, der Versammlung eine neue Vorlage zu machen. — Stadtverordneter Ab. Kantorowicz weist nochmals auf die Nothwendigkeit hin, die Feuerwehr-Mannschaften zu vermehren, während die Druckmannschaften nicht erforderlich sein würden. — Nachdem Dr. Lebinski seinen Antrag zu Gunsten des vom Stadtverordneten Türl gestellten Antrages zurückgezogen, wird der Antrag des Stadtverordneten Türl angenommen.

Vom Magistrat ist ein dringlicher Antrag in Betr. des Wollmarkts eingegangen. Während nämlich bisher zur Aufführung der Wollmarktszelte auf dem Sapiehlaplaze ein Theil des Kanonenplatzes benutzt wurde, will die Kommandantur den lechteren zu dem angegebenen Zwecke nicht mehr hergeben, so daß demnach künftig der Wollmarkt nur auf Sapieha- und Bronker-Platz wird abgehalten werden können. Der Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, ebenso mit dem Verkauf des alten Magistrats-Wollmarktszeltes, dessen Reparatur 1700 M. kosten würde. — Nachdem die Versammlung die Dringlichkeit dieses Antrages anerkannt hat, wird die Diskussion über denselben eröffnet. Stadtrath Kantorowicz teilt mit, auch Polizeipräsident Staudy habe sich dafür verwendet, daß wenigstens in diesem Jahre der Wollmarkt noch unter Hinzunahme des Kanonenplatzes abgehalten werde; bis jetzt sei aber kein Bescheid Seitens der Kommandantur eingetroffen. Es würden die 4 Zelte, welche bisher auf dem Kanonenplatz standen, auf dem Sapiehlaplaze aufgestellt werden können, wenn das desfete Magistrats-Wollmarktszelt dort künftig in Wegfall komme. Der dadurch entstehende Ausfall an Einnahmen würde 542 M. betragen. — Stadtverordneter Kirsten ist der Ansicht, daß zur Abhaltung des Wollmarktes vielleicht der Alte Markt werde mit hinzugenommen werden können. Stadtrath Kantorowicz meint jedoch, daß die Polizeibehörde dies nicht gestatten werde. — Es wird hierauf der Antrag des Magistrats in Betreff der Abhaltung des Wollmarktes auf Sapiehlaplaze und Bronkerplatz, sowie des Verkaufs des Wollmarktszeltes angenommen.

Stadtverordneter Dr. Lebinski richtet an den Oberbürgermeister Kohleis in Betreff eines Vorfalls in einer der biegsigen Stadtschulen, bei dem ein deutscher Lehrer einen polnischen Schüler nach seiner Nationalität fragt, und, als derselbe sich als Polen bekannt, ihn geohrfeigt und ihm gefragt haben soll: "Nun kann der Kurner", der Drendowni und die ganze polnische Bande mich verflagen!" die Anfrage: 1) ob der betreffende Lehrer, welcher tatsächlich zum 1. April d. J. aus dem städtischen Dienste ausscheidet, wegen des geschilderten Vertrags entlassen worden sei, und 2) welche Schritte der Herr Oberbürgermeister gethan habe, um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubereiten. — Oberbürgermeister Kohleis erklärt: in seiner Eigenschaft als Kreisschulinspektor habe er keine Veranlassung, auf diese Anfrage eine Antwort zu geben; als Oberbürgermeister und Magistrats-Dezernenten für das städtische Schulwesen sei ihm über den angegebenen Vorfall nichts bekannt; doch werde die Sache untersucht werden.

Über den Etat für die Gasanstalt pro 1882/83 berichtet hierauf Stadtverordneter Manheimer. Der Etat wird in Einnahme und Ausgabe auf 453,560 M. gegen 419,975 M. im Vorjahr festgestellt. Unter Einnahme ergeben: Zinsen 16,380 M., Mieten 2500 M., öffentliche Beleuchtung 67,800 M., Privatbeleuchtung 233,220 M. (gegen 217,496 M. im Vorjahr), Nebenprodukte 120,500 M. (gegen 107,050 M. im Vorjahr), Werkstatt 6000 M., unbekannt, Einnahmen 150 M. Ausgabe: Verwaltungskosten 26,872 M., Gasbeleuchtung 215,400 M. (gegen 199,371 M. im Vorjahr), öffentliche Beleuchtung 10,815 M., Unterhaltung der Anlagen und Geräthe 18,750 M., Miete, Abgaben und Lasten 15,700 M. (gegen 11,972 M. im Vorjahr), Werkstatt 7800 M., Insgemein 400 M., Verwendung des Überschusses 157,823 M., davon zur Kämmereifasse baar als Überschuss 91,423 M.).

Über den Etat für die Wasserwerke pro 1882/83 berichtet gleichfalls Stadtverordneter Manheimer. Der Etat wird in Einnahme und Ausgabe auf 123,064 M. (gegen 113,341 M. im Vorjahr) festgestellt. Unter Einnahme ergeben: Zinsen 3024 M., öffentliche Wasserabgabe 8880 M., Wasserrzins 109,500 M., Werkstatt 600 M., vermischt Einnahmen. — Ausgabe: Verwaltungskosten 10,320 M., Wasserhebung 12,360 M., Unterhaltung der Anlagen und Geräthe 12,080 M., Miete, Abgaben und Lasten 11,545 M., Werkstatt 600 M., Insgemein 14,450 M., Verwendung der Überschüsse 45,909 M. (davon 34,077 M. baar als Überschuss an die Kämmereifasse). Die Quellenleitung ergibt in Einnahme und Ausgabe 800 M.

Über einen Parzellenaustausch zwischen der Stadtgemeinde und dem Justizfus ist berichtet. Stadtverordneter Jacob. Danach hat der Ober-Landesgerichts-Präsident dem Magistrat den Vorschlag gemacht, zur Anlegung eines Parkes von dem an das neue Ober-Landesgerichtsgebäude angrenzenden städtischen Terrain an den Justizfus 861 Quadratmeter abzutreten, während die Stadtgemeinde dafür eine Parzelle von 504 Quadratmetern (12 Meter breit, 41 Meter tief) von dem Grundstück des Amtsgerichts, und außerdem auf dem Schloßberge das an das ehemalige Appellationsgerichtsgebäude anstoßende Grundstück mit dem Portiergebäude erhalten würde, so daß dann die Stadtgemeinde, welcher auf dem Schloßberge schon mehrere Grundstücke gehören, dort einen zusammenhängenden Komplex von Grundstücken erhielte. Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich mit diesem Umtausch einverstanden erklären. Die Baukommission, welcher diese Angelegenheit in der vorigen Sitzung überwiesen wurde, erachtet die Regulierung des Kämmereiplatzes zwar ebenfalls als wünschenswert, und ebenso die Erwerbung der Parzelle des Amtsgerichts als vortheilhaft, empfiehlt jedoch, mit Rücksicht darauf, daß die beabsichtigte Durchlegung einer Straße von der Krämerstraße nach dem Bronkerplatz unmöglich werden würde, wenn eine so bedeutende Parzelle des städtischen Terrains an den Justizfus abgetreten würde. Ablehnung des Magistratsantrages, und beantragt: die Versammlung möge sich mit einer Freilegung des Kämmereiplatzes nur unter der Bedingung einverstanden erklären, daß der Magistrat die Anlegung einer von der Krämerstraße nach dem Bronkerplatz zu führenden Straße durch eine Vorlage beantragt; die Versammlung möge sich außerdem bereit erklären, unter Festhaltung des Straßenprojektes die etwa frei werdenden Plätze dem Justizfus abzutreten, jedoch nur gegen baares Geld, nicht gegen einen Umtausch. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Zum Vorsteher für den VI. Armenbezirk war in der früheren Sitzung Brauereibesitzer Gumprecht gewählt worden. Derselbe hat dies Amt mit Hinweis darauf, daß er bereits mehrere städtische Ämter bekleide, abgelehnt. Doch erkennt die Versammlung auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Türl berichtet, diesen Ablehnungsgrund nicht an.

Mit der definitiven Anstellung des Lehrers Mistlein erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Für die Translozirung der Baracke an der verlängerten Al. Ritterstraße, welche von der Garnison-Bauverwaltung ausgeführt worden, sind 29 M. mehr, als ursprünglich angenommen wurde, veransagt worden. Diese Mehrausgabe wird von der Versammlung bewilligt.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hatte, 7 Uhr Abends ihr Ende. Die nächste Sitzung findet Sonnabend den 25. d. M. statt.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 15. März. Die erste Kammer wird wegen der Prorogation des Finanzgesetzes am 23. März zusammentreten.

Darmstadt, 15. März. Die "Darmstädter Zeitung" veröffentlicht einen den Ständen zugegangenen Gesetzentwurf, betreffend die Errbauung einer festen Brücke über den Main bei Kostheim. Die Kosten sollen 1,037,000 M. betragen und durch eine Anleihe gedeckt werden.

Braunschweig, 15. März. Der Landtag genehmigte die Vorlage der Regierung betreffend die Errichtung eines neuen Bibliotheksgebäudes in Wolfenbüttel.

Karlsruhe, 15. März. Der Gesundheitszustand des Großherzogs ist unausgesetzt befriedigend. Derselbe konnte seit dem letzten Donnerstag sich täglich wiederholt im Freien ergehen.

Wien, 15. März. Meldung der "Polit. Korresp." aus Belgien:

In der Skupichtina richtete der Führer der Radikalen, Paschic, eine Interpellation an die Regierung, weshalb der Finanzminister die an ihn gestellte Interpellation über die Verluste Serbiens bei der Union générale und über event. Unterhandlungen bezüglich des Baues der serbischen Bahnen nicht beantwortet habe. Der Interpellant erklärte zugleich, daß, wenn eine Antwort auf diese Interpellation nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen sollte, die Radikalen die Skupichtina verlassen würden. Der Finanzminister wird die verlangten Ausklärungen voraussichtlich morgen geben.

Wien, 15. März. Aus Zara wird gemeldet: Viele nach Montenegro flüchtende Insurgenten, welche die Ablegung ihrer Waffen an die Grenze verweigerten, wurden zurückgewiesen, andere, welche der Forderung Folge leisteten, sind internirt worden.

Paris, 14. März. Die Kaiserin von Österreich ist heute Vormittag via München nach Wien abgereist.

Paris, 15. März. Die Königin von England, welche heute Vormittag 10 Uhr in Cherbourg gelandet ist, hat heute Abend auf ihrer Reise nach Mentone Inkognito Paris passirt.

Rom, 15. März. Zur Feier des Geburtstages des Königs fand gestern Abend im Ministerium des Auswärtigen ein Diner statt, zu welchem das gesammte diplomatische Korps und die hohen Staatsbeamten geladen waren.

Petersburg, 15. März. Gestern fand in der Isaakskathedrale unter Assistenz des Metropoliten Makarji von Moskau ein feierliches Hochamt statt. Demselben wohnten viele Mitglieder der kaiserlichen Familie, die diplomatischen Vertreter und Militär-Bevollmächtigten des Auslandes einschließlich China's und Japan's vollzählig, ferner die Minister und zahlreiche hohe Würdenträger bei. Am Abend war die Stadt festlich illuminiert.

Konstantinopel, 14. März. Das seinem Inhalte nach bereits mitgetheilte Dokument des russischen Botschafters Nowikow ist eine schriftliche Erklärung, welche Nowikow in der Sitzung der Kriegsschädigungskommission übergab. — Die außerordentliche preußische Gesandtschaft ist heute abgereist.

Belgrad, 15. März. Die Skupichtina hat die mit Österreich-Ungarn abgeschlossene Schiffahrtskonvention angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 15. März, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduzi.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gefl. Grad
Nullaghmore	772	WW	3 heiter	7
Aberdeen	770	SW	2 wolkenlos	6
Christiania	756	WSW	6 halb bedeckt	2
Kopenhagen	767	WW	2 heiter	5
Stockholm	756	W	6 bedeckt	6
Haparanda	741	WW	6 halb bedeckt	2
Petersburg	750	WSW	4 bedeckt	3
Moskau	756	SW	1 halb bedeckt	1
Cork, Queenst.	776	WW	3 heiter ①	8
Brest	776	O	4 wolkenlos	8
Helder	772	W	1 wolkenlos	7
Sylt	769	WSW	3 wolkenlos	5
Hamburg	771	W	1 heiter ②	4
Swinemünde	770	WSW	2 halb bedeckt ③	6
Neufahrwasser	768	W	2 halb bedeckt	7
Memel	772	SW	4 halb bedeckt ④	4
Paris	—	still	wolkenlos	4
Münster	772	SW	1 wolkenlos	4
Karlsruhe	772	O	1 wolkenlos ⑤	4
Wiesbaden	772	SW	3 wolkenlos	4
München	772	SSW	1 wolkenlos ⑥	4
Leipzig	772	S	2 heiter	4
Berlin	770	still	wolkenlos	3
Wien	773	SO	1 Nebel ⑦	3
Breslau	772	SO	1 Nebel ⑦	3
Né d'Arg	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—
Triest	771	NO	3 wolkenlos	12

① Seegang leicht. ② Nebelig, Reif. ③ Dunst, Nachts Thau.

④ Große See. Abends kurzer Regen. ⑤ Nachts Reif, Thau. ⑥ Früh schwacher Nebel ⑦ Schwacher Nebel.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiete von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Die Wetterlage hat sich im Allgemeinen wenig verändert, bei warmem Wetter mit veränderlicher Bewölkung dauert über dem Nord- und Ostseegebiete die meiste schwache bis mäßige westliche Luftströmung fort. Über der Westhälfte Mittel-Europas ist das Wetter still, trocken, heiter, jedoch etwas neblig. Im deutschen Binnenlande fand vielfach Reisbildung, in Süddeutschland auch Nachstoss statt.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seeöhre	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gefl. Grad
15. Nachm.	761,8	W	mäßig	+14,5
15. Abends.	765,0	WW	lebhaft	+ 5,8
16. Morgens.	764,6	W	mäßig	+ 2,1
Am 15.	Wärme-Maximum +15° Cels.	heiter Reif	heiter Reif	
=	Wärme-Minimum + 0° Cels.	=	=	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. März	Morgens 1.20 Meter.
=	Mittags 1,18
=	Morgens 1,14

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

<table border="

Produkten-Börse.

Berlin, 15. März. Wind: NW. Wetter: Schön.

Weizen per 1000 Kilo loto 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelde. — bezahlt, defetter Polnischer — Markt, ab Bahn, per Februar — bezahlt, per März — M. bez., per April-Mai 218—218½ bez., per Mai-Juni 217—216—217 bez., per Juni-Juli 216—217 Markt bez., per Juli-August 210 Markt bezahlt, per September-Oktober 208—209 M. bez. — Gefündigt — Str. Regulierungspreis — Roggen per 1000 Kilo loto 156 bis 172 Markt nach Qualität gefordert, inländischer 164—168 Markt ab Bahn bezahlt, exq. do. — M. ab B. bez. f. poln. — M. ab B. def. russ. — M. ab B. bez., russischer u. polnischer u. Gal. 156—164 Markt ab Bahn bez., per März 163—163—162—162½ bez., per März-April — bezahlt, per April — Mai 162—161—162½ Markt bez., per Mai — bez., Mai-Juni 160—159—160—160½ bez., Juni-Juli 158—157—158 bezahlt, Juli-August 157—156—157 Markt bezahlt, Gefunden 1000 Str. Regulierungspreis 163 Markt. — Gerste per 1000 Kilo loto 129—200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loto 127—172 Markt nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 130 bis 141 M. bezahlt, östl. und westpreußischer 142—151 M. bezahlt, pommerischer und Udermärker 133 bis 147 M. bezahlt, schlesischer 149 bis 156 bez., f. do. 157—160 bez., böhmischer 149—156 M. bezahlt, f. do. 157—160 M. bez., sein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., März — Markt bez., April — Mai 137½ M. bezahlt, per Mai-Juni 138½ Markt bezahlt, per Juni-Juli 140—140 bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — Markt — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaren 160 bis 200 M. Futterwaren 142 bis 158 Markt. — Mais per 1000 Kilo loto 148—153 nach Qualität gefordert, per Februar — M. Februar-März — M. per April-Mai 139 M. bez., per Mai-Juni 137 M. per Juni-Juli 136 M. per September-

Oktober 134 M. — Gefündigt — Str. — M. Regulierungspreis — M. — Weizennebel per 100 Kilogramm brutto 00: 31,00 bis 29,50 M. o. 28,50 bis 27,50 M. 0/1: 27,50 bis 26,50 M. — Roggennebel infl. Sac 0: 24,00 bis 23,00 Markt, 0/1: 22,50 bis 21,50 M. März 22,45 Markt bei, März-April 22,40 Markt bez., April-Mai 22,25—22,30 bez., Mai-Juni 22,10—22,15 bez., Juni-Juli 21,90—22,00—21,95 bez., per Juli-August 21,80—21,85 M. bez., Kitz-Bärwalde — bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — Markt — Delfsau per 1000 Kilo — Winterrap — M. Winterrüben — Markt. — Rübbel über 100 Kilo loto ohne Fas 55,0 M. loto mit Fas 55,8 M. per März — M. bez., per März-April — Markt, bez., per April-Mai 55,3 Markt bez., Mai-Juni 55,6 M. Juni-Juli — Markt bez., September-Oktober 55,8 Markt bez. Gefünd. — Str. Regulierungspreis — Markt. — Beinöl per 100 Kilo loto — M. — Petroleum per 100 Kilo loto 24,2 Markt, per März 23,7 M. bezahlt, per März-April 23,3 M. bezahlt, per April-Mai 23,3 M. per Mai-Juni — Markt, per September-Oktober 24,6 Markt bez. Gefündigt 500 Zentner. Regulierungspreis 23,7 Markt — Spiritus per 100 Liter loto ohne Fas 45,1 Markt bezahlt, mit Fas — Markt bez., per März — nom. per März-April — nom., per April-Mai 46,9—46,8—47,0 M. bez., per Mai — M. bez., per Mai-Juni 47,2—47,0—47,2 bez., per Juni — Markt bez., per Juni-Juli 48,1—47,9—48,2 Markt bez., per Juli-August 49,0—48,9—49,1 bezahlt, per August-September 49,4—49,2—49,5 bez., per September-Oktober 48,9—48,8—48,9 bezahlt. Gefündigt — Liter. Regulierungspreis — Markt. (B. B. S.)

Stettin, 15. März. [An der Börse.] Wetter: Schön. + 10 Gr. R. Barometer 28,8. Wind: NW. Weizen matter, per 1000 Kilo loto gelber inländischer 210 bis 220 M. weiziger 212—220 M. geringer 184—198 M. bez., per April-Mai 21—220 M. bez., per Mai-Juni 219 M. bez., per Juni-Juli

Berlin, 15. März. Heute walten wieder allerlei politische Bedenken vor, und die Börse stand vollständig unter dem Banne derselben. Als besonders verständig wurde die Meldung der "Wiener Presse" aus Montenegro aufgefasst, welche die welterschütternde Nachricht brachte, daß Montenegro seine Heere mobil zu machen beabsichtige. Die Stimmung war durchweg gedrückt und die Course haben auch vielfache Rückgänge erlitten, doch gab dies dem Verkehr eigentlich noch nicht den Charakter der Mattheit, sondern dieser lag in dem auf allen Gebieten vorherrschenden Bestreben dem Geschäft fern zu bleiben. Dieser Umstand gab der Börse zwar die gesuchte Physiognomie,

andererseits war hierin aber auch dem unmotivierten Hinunterziehen der Course ein gewisser Halt geboten. Von den auswärtigen Börsen liegen Meldungen vor, die eigentlich nur die hier herrschende Tendenz wiederspiegeln und die daher nach keiner Richtung hin eine Anregung bieten könnten. Auf allen Gebieten blieben die Umsätze auf das äußerste eingeschränkt. Sie Spekulationspapiere wurden verhältnismäßig noch am meisten in den Verkehr gejogen, konnten sich aber auf ihrem bisherigen Course stande nicht voll behaupten. Ebenso waren auch sämtliche Kassenwerthe fast gänzlich vernachlässigt und zum Theil auch niedriger. Für auswärtige Staatsanleihen sprach sich

tauna eine bestimmte Meinung aus. Russische Effekten zeigten aber eine wesentlich schwächeren Haltung. — Per Ultimo notiren: Franken 515—513—514,50, Lombarden 241,50—242—241 bis 241,50, Kredit-Aktien 534,50—534—533,50—533,50, Wiener Bank-Verein 199, Darmstädter Bank 154,90 bis 154,50, bis 155, Diskonto-Kommandit-Anteile 191,90—190,75—191,65, Deutsche Bank 151,25—151—151,30, Dortmunder Union 93,25 bis 93,10—93,50, Laurahütte 113,25—113,50—113,25. Der Schluss war fest. — Privat-Diskont 3½ p.c.

Heutiger Landmarkt: Weizen 200—212 M., Roggen 160—164 M., Gerste 150—160 M., Hafer 150—160 M., Erbsen 170—190 M., Kartoffeln 30—42 M., Hefe 3—3,5 M., Stroh 42—45 M. (Ostsee-Btg.)

Hunds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. März 1882. Preußische Hunds- und Geldscheine.

Preuß. Cons. Anl.	4	104,75	bz
do. neue 1876	4	101,20	bz
Staats-Anleihe	4	101,20	bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00	bz
Ob.-Deichh.-Obl.	4	100,40	bz
Verl. Stadt-Obl.	4	102,50	bzG
do. do.	3½	95,50	bz
Schuldv. d. R. R. v. 101,50	4	101,50	B
Pfandbriefe:			
Berliner	5	108,40	B
do.	4	104,40	bz
Brandenburg. Central	4	100,60	bz
Kur. u. Neumärk.	3½	95,25	bz
do. neue	3½	90,50	bz
do.	4	100,75	G

Bonum. S. B. L. 120	5	106,00	bz
do. II. IV.	110	103,40	bz
Bonum. III. rfa. 100	5	100,60	G
Br. C. S. S. Br. rfa.			
do. do.	110	113,25	B
Br. C. S. S. Pfdr. 100	5	104,75	bz
do. do. rückz. 100	4	103,00	B
(1872 u. 74) 4	4	98,80	bzG
Central. Cons. Anl.	4	104,75	bz
do. do.	110	107,25	B
Br. C. S. S. Pfdr. 100	5	104,75	bz
do. do. rückz. 100	4	103,00	B
(1872 u. 74) 5	5	98,80	bzG
Central. Cons. Anl.	4	104,80	bz
do. II. rfa. 100	5	100,00	G
Schles. Pfandb. 102,50	5	102,50	B
Stettiner Nat. Hyp. 5	5	100,50	bz
do. do.	4	102,50	bzG
Kruppsche Obligat. 5	5	109,90	bz

Ausländische Bonds.

Amerik. gef. 1881 8

do. do. 1885 6

do. Bis. (fund.) 5

Norwegens Anleihe 4

Rewm. Std. Anl. 8

Reuter. Goldrente 4

do. Pap. Rente 4

do. Silber-Rente 4

do. 250 f. 1854 4

do. Nr. 100 f. 1858 3

328,00 bz

do. L. B. 4

100,20

do. II. Serie 4

103,90

do. do.

103,90

do. do.

100,40

do. do.

101,70

do. do.

alte A.

do. neue I.

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk.

do. do.

Westpr. ritterl.

do. do.

90,80

do. do.

100,50

do. do.

100,20

do. do.

104,40

do. do.

103,90

do. do.

100,40

do. do.

100,50

do. do.

100,50